



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Woellwarth, Albrecht von: Die englische Orientpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die englische Orientpolitik

Von Freiherrn Albrecht von Woellwarth in London



ie Balkanrede Sir Edward Greys im englischen Unterhaus vom 12. August 1913 formuliert die Stellung Großbritanniens in der Adrianopelfrage folgendermaßen:

„Die britische Politik gegenüber der Türkei besteht darin, die türkische Herrschaft und ihre Unverletzlichkeit in ihrem asiatischen Gebiet und dem Gebiet jenseits der Linie Enos-Media zu befestigen und zu sichern. Diese Politik hängt aber von dem guten Willen der übrigen europäischen Mächte ab. England allein kann diese Politik nicht erfolgreich durchführen, denn viele andere Mächte haben auch ein Interesse an der asiatischen Türkei. Was geschehen kann, muß auf Grund allgemeiner Zustimmung geschehen. Der gute Wille der Mächte kann aber nichts erreichen, wenn die Türkei ihren Rat bezüglich Adrianopels und Thraziens nicht befolgt. Früher oder später, sei es durch finanzielle Not oder durch die bewaffnete Intervention einer oder mehrerer Mächte, deren Rat verschmäht wurde, würde Unheil über die Türkei hereinbrechen, vor dem wir sie nicht schützen könnten.“

Im Einklang mit den von dem Minister des Auswärtigen gemachten Ausführungen hatte schon Ende Juli der englische Botschafter der Hohen Pforte die Preisgabe Adrianopels dringend ans Herz gelegt. Andernfalls müsse, so erklärte der Botschafter, England es sich überlegen, ob es seine Garantie für die Integrität der asiatischen Türkei noch aufrecht erhalten könne. Es ist bemerkenswert, daß die englische Diplomatie aus ihren Archiven ein Aktenstück hervorsucht, von dessen Existenz man in weiten Kreisen nichts mehr wußte und

das von manchen Lagern der europäischen Diplomatie gerne vergessen werden wollte. Es ist dies der Vertrag, den Großbritannien am 4. Juni 1878 mit der ottomanischen Regierung schloß und durch den die Türkei Cypern abtrat und Verwaltungsreformen verhieß. England übernahm als Gegenleistung die Verpflichtung, den Besitzstand der Türkei in Asien vor etwaigen Angriffen zu schützen. Wenn wir uns der diplomatischen Lage zu jener Zeit erinnern, so wird uns klar, daß sich die englische Politik damals im allerschärfsten Gegensatz zu Rußland befand. Heute sind die Beziehungen zu Rußland durchaus freundschaftlich und doch hat jene seit fünfunddreißig Jahren bestehende Abmachung auch heute noch ihre Spitze gegen Rußland und bei den bekannten Absichten der übrigen Mächte gegen Rußland allein.

Nun hat die die kriegerischen Ereignisse begleitende diplomatische Entwicklung England in eine Lage gebracht, die der Türkei gegenüber erhebliche Schwierigkeiten in sich birgt. Während des ersten Balkankrieges befand sich der englische Liberalismus und auch weite Kreise der Opposition mit ihren Sympathien auf Seiten der Balkanvölker. Handelte es sich doch nach der Ansicht vieler um einen heroischen religiösen und nationalen Befreiungskampf. Wieder andere sahen auch in dem Zusammenbruch der türkischen Herrschaft in Europa den natürlichen Gang einer Entwicklung, die früher oder später kommen mußte, und bei deren Unermeidlichkeit man besser gleich auf den Sieger setzte. Diese Auffassungen wurden im Kabinett geteilt und fanden in Ministerreden, namentlich in Äußerungen des Premierministers Asquith lebhaften Ausdruck. Während des ganzen diplomatischen Wechselspiels der letzten Jahre war Sir Edward Grey als Leiter der englischen auswärtigen Politik unablässig und in vieler Beziehung mit Erfolg darauf bedacht, den Frieden zu erhalten und da wo es zu spät war, den Frieden zu stiften. Es bedeutete einen Triumph dieser Politik, daß die Bevollmächtigten der Balkanstaaten im St. James Palast zu London jenen Frieden unterzeichneten, der allen Balkanvölkern „Freiheit“ und das Ende der türkischen Herrlichkeit in Europa brachte. Da kam der Bruderkrieg der von allzu großem nationalen und „christlichen“ Idealismus besessenen Befreiten. Mit Grauen sieht der Engländer in seinen Wochenschriften Photographien von verbrannten Bauern, gemordeten Kindern, gebrandschatzten Dörfern und Städten in dem mit abendländischer Zivilisation beglückten Mazedonien. Der Türke aber zog als Befreier begrüßt in die zu zwei Dritteln muselmannische Stadt Selims des Zweiten, das so heiß umstrittene Adrianopel, ein. Dies alles ein paar Wochen, nachdem der Friede von London, zu dem Sir Edward Grey Gevatter stand, die Balkanfrage „gelöst“ und dafür von England wie vom Ausland verschwenderisch Lorbeeren geerntet hatte. Man ist in England gründlich ernüchtert von der Begeisterung für die Freiheitskämpfer und man wird mehr und mehr auf eine Bewegung aufmerksam, die noch weit vitaler die Interessen des Reiches betrifft als irgend eine Expansion einer europäischen Großmacht. Das ist die Gärung im indischen Islam.

Seit einem Jahre hat sich in Indien der riesige Umschwung vollzogen, daß die Mohammedaner in eine Arbeitsgemeinschaft mit den bisher offen gehaßten und verachteten Hindus getreten sind. Die Homerulebewegung der Hindus, von der die Mohammedaner bislang nichts wissen wollten, findet heute gerade unter den Moslems ihre eifrigsten Anwälte. Die Bemühungen gerade der loyalen Mohammedaner in London gehen nun darauf aus, den verantwortlichen Stellen beizubringen, wie unaufhaltsam solche Ideen weiter Fuß fassen müssen, wenn nicht eine gründliche Abkehr Englands von einer antitürkischen Politik erfolgt. Zu diesem Zweck fand vor wenigen Tagen in London eine von Mohammedanern, Hindus und Engländern zahlreich besuchte Versammlung statt. Es ergab sich von selbst, daß die Adrianopelfrage im Vordergrund der Debatte stand. Die in London weilenden mohammedanischen Untertanen Georgs des Fünften scheinen hier gerade den Prüfstein an die pro- oder antimohammedanische Politik Englands anlegen zu wollen. Dies ist begreiflich, wenn man die religiöse Bedeutung dieses Ortes für den Islam kennt.

Andererseits ist es für Sir Edward Grey höchst unangenehm, wenn gerade hier eine energische Politik zu Gunsten der Türkei von ihm gefordert wird. Die Beachtung des Vertrages von London seitens der Türkei, ist für ihn, eine Frage persönlichen und amtlichen Prestiges. Fernerhin fragt es sich, ob rein politisch betrachtet der Besitz von Adrianopel von solchem Wert für die Türkei ist. Die Zukunft des ottomanischen Reiches — wenn es überhaupt noch eine solche hat — liegt in Asien. Dadurch, daß es Adrianopel behält, wird aber eine unvermeidliche Revanchestimmung in Bulgarien erhalten, die wiederum ständige strategische Sorgen und Pflichten an der Westgrenze des türkischen Reiches bedingen und die Konsolidierung und Konzentration in Asien erschwert. Zum Dritten aber, und das ist das Wichtigste, besteht die Gefahr, daß Rußland die Unnachgiebigkeit der Hohen Pforte in der Frage Adrianopels zum Vorwand für einen Einmarsch in Armenien benützen kann. Und damit ist eine Frage aufgeworfen, die die Stellung Englands nicht nur im nahen, sondern auch im mittleren Orient — in seinem asiatischen und ägyptischen Besitz überhaupt — berührt.

Schon der Analogie mit der Lage in Vorderasien wegen empfiehlt es sich kurz auf die persische Frage zurückzukommen, die wir in Heft 14 der Grenzboten eingehender erörterten. Namentlich ist hier an das Gutachten Lord Kittehners zu erinnern, das der Abgrenzung der diplomatischen Einflusssphären zugrunde liegt. In seiner Eigenschaft als Oberkommandierender der indischen Armee hat Lord Kitthener ausdrücklich betont, daß er nur die Verteidigung des Südostens von Persien, der Provinz Seistan, garantieren könne. Demzufolge blieb sogar der Sitz alter englischer Handelsinteressen, die Provinz Faristan, außerhalb der englischen Einflusssphäre, und die englischen Reservate begnügten sich mit der Schaffung eines rein strategischen Glacis an der indischen Grenze. Trotz der fortwährenden Unruhen in diesen wie in anderen Teilen Persiens steht heute kein englischer Soldat mehr in Persien, so gering ist die

Abgabefähigkeit des kleinen Heeres, mit dem das indische Reich geschützt werden muß. Die Folge ist, daß der Einfluß der russischen Bajonette, die die russische Einflußsphäre besetzt halten, über diese Grenzen hinauswächst, und steigende Bedeutung auch innerhalb der sogenannten neutralen Sphäre gewinnt. Die strategischen Erwägungen wegen Persiens haben in erhöhtem Maße Gültigkeit für Türkisch-Asien. Das englische Geschwader auf dem Persischen Golf bildet dort das einzige militärische Machtmittel, dessen Einfluß naturgemäß nicht über Koweit und den Schat-el-Arab hinausreicht. Irgendwelche Expansionsgelüste liegen dem England von heute völlig fern. Es „verdaut“ seinen riesigen Kolonialbesitz. Mit dem inneren Ausbau und dem äußeren Zusammenschluß ist das Reich auf Generationen hinaus beschäftigt. Die wirtschaftliche und zivilisatorische Erschließung birgt viel langwierigere und mühevollere Aufgaben als die Okkupationsära des vergangenen Jahrhunderts. Zu diesem Prozeß verlangt man vor allem Ruhe nach außen hin und das Gefühl strategischer Sicherheit. In diesem Bewußtsein wird man aber durch den russischen Drang nach dem Süden bedenklich gestört. Jeder Schienenstrang und jeder Kosakencorps, den das russische Reich in der Richtung gegen Indien oder Ägypten vorschiebt, ist eine Quelle neuer Sorge für die englischen Staatsmänner und der Gegenstand steigender Beunruhigung der öffentlichen Meinung. Die Aussicht, zum Schutze des indischen Kaiserreiches Rüstungspolitik nach dem Muster europäischer Kontinentalmächte betreiben zu müssen, wirkt nichts weniger als verlockend. Und so will man wenigstens in Vorderasien das erhalten wissen, wozu man in Persien nicht mehr in der Lage ist, nämlich einen starken Pufferstaat zwischen dem britischen und dem russischen Reich. Dieser Hoffnung würde aber ein bedenklicher Stoß erteilt, wenn Rußland in Armenien einmarschieren sollte, um die Türkei zur Anerkennung des Vertrages von London zu veranlassen. Diese Möglichkeit erfüllt die englischen Staatsmänner mit banger Sorge. Natürlich liegt die Möglichkeit gänzlich ferne, daß es Armeniens wegen etwa zu einem kriegerischen Konflikt zwischen den beiden immer noch befreundeten Mächten kommen könnte. Man würde vielmehr von der Downing-Street aus seine guten Dienste als Vermittler anbieten und dem Russen zu entwinden suchen, was noch zu entwinden ist.

Im übrigen wird England mit Eifer alle Bestrebungen unterstützen, die geeignet sind, eine Wiebergeburt der Türkei in Asien zu erleichtern. Wir finden uns hier wiederum vor einer Gemeinsamkeit deutscher und englischer Interessen, denn auch für uns bedeutet ein tüchtiges türkisches Heer die zweckmäßigste Bewachung der Bagdadbahn. Ferner wird England eine territoriale Schmälerung des ottomanischen Reiches in Asien im Sinne des obenerwähnten englisch-türkischen Vertrages vom 4. Juni 1878 verhindern wollen, da einerseits nicht wie in Europa die Möglichkeit besteht, daß lebensfähige Mittelstaaten das türkische Erbe antreten und sich weiterhin die Rücksichtnahme auf die Stimmung unter den mohammedanischen Untertanen Großbritanniens immer gebieterischer

empfehlte. Das Hauptziel der englischen Orientpolitik aber ist, Gegengewichte gegen diesen russischen Drang nach dem Süden zu schaffen, und als solche Gegengewichte kann nur die Stärkung der Türkei und die Begünstigung auch der wirtschaftlichen Ausbreitung dritter Mächte, in diesem Fall vor allem Deutschlands und Frankreichs in Frage kommen.



Englische Marinepolitik

Von Konter-Admiral z. D. Witschel in Dresden



ie kanadische Marinevorlage, welche die Schenkung von drei Großkampfschiffen an das Mutterland vorsieht und die im Unterhause mit 99 gegen 66 Stimmen angenommen war, ist im Senat mit 51 Stimmen der Anhänger Sir Wilfrid Lauriers, des früheren Ministerpräsidenten, gegen 27 Stimmen der Regierungspartei abgelehnt worden. Wie der jetzige Premierminister Mr. Borden sich auch aus dieser Affäre ziehen — und schließlich doch das Flottengeschenk gegen die liberale Partei aufrecht erhalten mag, Tatsache ist, daß jetzt die drei Großkampfschiffe aus kanadischen Mitteln nicht gebaut werden — eine sehr unangenehme Störung des großbritischen Weltreich-Gedankens und der „Reichsgeschwader“-Idee Churchills. — Als Borden damals nach seiner Ernennung zum Premierminister nach England eilte und mit der Admiralität über die von ihm gedachte „Flottengabe“ unterhandelte, wurde ihm die unumgängliche Notwendigkeit klargelegt, daß es angesichts des wachsenden Wettübens der seegeltenden Staaten und der Schwierigkeit für Großbritannien, den erforderlichen „Sicherheitsüberschuß“ von Schiffen aufrecht zu erhalten, für Kanada gegeben sei, eine Zahl von „Überschiffen“ für England vorzusehen. Daraufhin entstand die kanadische Marinevorlage über den Bau von drei Großkampfschiffen, welche „Sr. Majestät dem englischen König zur allgemeinen Reichsverteidigung zur Verfügung gestellt werden sollten“. Zunächst wurde die Absicht, diese Schiffe in Kanada selbst bauen zu lassen, durch ein längeres Memorandum Churchills widerlegt, in dem die Unmöglichkeit auseinandergesetzt wird, die für den Bau solcher Schiffe nötigen Anlagen, Werkzeugmaschinen und Spezialarbeiter so schnell dort zu beschaffen. Folgerichtig sollten sie also in England auf Kosten Kanadas gebaut werden. — Churchill rechnete aus, daß nach Aufrechterhaltung von 50 Prozent Überlegenheit an Schiffen in heimischen Gewässern gegen Deutschland für den Schutz der Weltinteressen Großbritanniens verfügbar sein werden: im Anfang des Jahres 1915 7, Frühjahr 4, Sommer 5, Herbst 7 Schiffe; im Anfang 1916 10,